

Ressort: Politik

Unverändert erhebliche Lohnunterschiede zwischen Ost und West

Berlin, 05.03.2019, 05:00 Uhr

GDN - Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es nach wie vor erhebliche Lohnunterschiede. So lag der mittlere Monatslohn von Vollzeitbeschäftigten in den neuen Bundesländern Ende 2017 bei 2.600 Euro brutto.

In den alten Ländern waren es 3.339 Euro, und damit gut mehr 28 Prozent als im Osten, wie es der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervorgeht, über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Dienstausgaben berichten. Dabei ist die Spreizung der Löhne erheblich. Am geringsten war das mittlere Monatsentgelt von Vollzeitarbeitnehmern Ende 2017 mit 2.391 Euro in Mecklenburg-Vorpommern, am höchsten in Hamburg 3.619 Euro. In Niedersachsen lag der mittlere Monatseinkommen von Beschäftigten mit Vollzeitjob bei 3.087 Euro, in Berlin bei 3.126 Euro, in Nordrhein-Westfalen bei 3.306 Euro sowie in Schleswig-Holstein bei 2.958 Euro. In Brandenburg waren es 2.493 Euro und in Sachsen-Anhalt 2.494 Euro. Bei Betrachtung der so genannten Berufshauptgruppen fällt auf, dass die mittleren Bruttolöhne in den Reinigungsberufen am geringsten sind. Ende 2017 waren es 1.923 Euro bei Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland sowie 1.690 Euro in Ostdeutschland. Besonders gut wird dagegen in der Informatikbranche bezahlt. Dort lag das mittlere Monatsentgelt 2017 bei 4.048 Euro in Ostdeutschland sowie bei 5.072 Euro in Westdeutschland. Die Daten zeigen, dass in den neuen Bundesländern in 28 Berufsgruppen weniger gezahlt wird als das bundesweite Lohnmittel von 3.209 Euro. In den alten Bundesländern war das in 19 Berufsgruppen der Fall. AfD-Sozialexperte René Springer sagte dem RND, es könne nicht sein, dass Vollzeitbeschäftigte in allen ostdeutschen Bundesländern im Mittel 1.000 Euro weniger verdienen als in Hessen oder Hamburg: "Dass der Osten beim Einkommen abgehängt ist, lässt sich angesichts dieser Zahlen nicht mehr von der Hand weisen." FDP-Sozialexperte Johannes Vogel forderte die Bundesregierung angesichts der Lohnunterschiede zum Handeln auf. "Wir müssen zum einen die Bürgerinnen und Bürger endlich stärker entlasten, die zweithöchste Steuer- und Abgabenlast nach Belgien besonders für kleinere Einkommen ist ein Armutszeugnis", sagte der Bundestagsabgeordnete. Zum anderen müssten die Rahmenbedingungen für weitere wirtschaftliche Dynamik gezielt verbessert werden. "Etwa durch Entbürokratisierung oder auch eine gründerfreundlichere Politik, gerade im Osten", sagte Vogel. "Die Politik darf weder bei der Entlastung noch bei der Entbürokratisierung länger auf der Bremse stehen."

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-121057/unveraendert-erhebliche-lohnunterschiede-zwischen-ost-und-west.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com